Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unsl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 175. Montag den 24. Juni 1889. 83. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das 12. Stück des diesjährigen **Reichs-Gesetzblattes** ist bei uns eingegangen und wird bis **zum 17. Juli dieses Jahres** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1857. Gesetz, betreffend die Geschäftssprache der gerichtlichen Behörden in Elsaß-Lothringen. Vom 12. Juni 1889.

Leipzig, den 20. Juni 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Wegen des Einlegens von Gasröhren wird die verlängerte Yorkstraße
auf der Strecke von der Eutritzscher Straße bis zu dem Eingange in den Neubau der I. Gasanstalt
von Mittwoch, den 26. dieses Monats,
bis auf Weiteres
für den gesammten Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, den 22. Juni 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 3068. Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung. Tiebertwolkwitz.

Wir beabsichtigen, ca. 330 □ Meter Fußweg mit Mosaikfliesen und ca. 150 lfd. Meter Bordsteine mit Granitner Steinen neu pflastern, sowie ca. 110 lfd. Meter Tagerinne umpflastern zu lassen.

Blanquets für die auszuführenden Arbeiten können bis zum 6. Juli c. bei dem Unterzeichneten wochentäglich bezogen werden.

Tiebertwolkwitz, am 22. Juni 1889.

Der Gemeinderath.
Dyck, Gem.-Vorst.

Bekanntmachung.

Ueber das Vermögen der Handelsgesellschaft **Burgdorfer Glashüttenwerke Müller, Tasse & Comp.** in Burgdorf (Postbezirk Halle) ist am 15. Juni 1889, Vormittags 11½ Uhr, das Concursverfahren eröffnet, der offene Arrest erlassen, die Frist zu den nach §. 108 der Concurs-Ordnung vorgeschriebenen Anzeigen bis zum 31. Juli 1889 und zur Anmeldung der Forderungen bis zum 10. August 1889, der Wahltermin auf Sonnabend, den 3. Juli 1889, Vormittags 9 Uhr, und der allgemeine Prüfungstermin auf Dienstag, den 3. September 1889, Vormittags 9 Uhr, festgesetzt worden.

Mühlberg a/Elbe, den 15. Juni 1889.

Der Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts.
Meyer.

Leipzig, 24. Juni.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erörtert abermals die Differenz mit der Schweiz. Das officiöse Blatt schreibt:

Ein erfreulicher Beweis für das Erstarken unseres Nationalgefühls zeigt sich in dem Verhalten des überwiegenden Theils der süddeutschen Presse bei dem mit der Schweiz schwebenden Streit. Es liegt auf der Hand, daß die Folgen einer Störung unserer Beziehungen zu der Schweiz, namentlich für Süddeutschland Unbequemlichkeiten im Gefolge haben werden, und es ist deshalb um so anerkennenswerther, daß alle achtbaren Blätter, zum Beispiel in Württemberg und Baden, sich mehr zur Reichsregierung, als zu der demokratischen Opposition halten. Nur Blätter von ähnlicher Vergangenheit nationalen Bestrebungen gegenüber wie der „Beobachter" machen davon die natürliche Ausnahme. Es kann nicht verkannt werden, daß der Eindruck der Feindseligkeit, welche in dem Verhalten der schweizerischen Tonangebenden gegenüber Deutschland liegt, durch die auffallende Ungeschicklichkeit abgeschwächt wird, welche Wohlgemuth in seiner Eigenschaft als politischer Beamter bekundet hat. Die Vertrauensseligkeit, mit welcher ein Vertreter der geheimen politischen Polizei mit einem ihm persönlich unbekannten, über bekannten Socialdemokraten nicht blos Verbindungen angeknüpft, sondern auch eine schriftliche Correspondenz geführt hat, deren Bedenklichkeit er selbst durch einen Appell an die Ehrenhaftigkeit dieses von ihm als geheimen Vertrauensmannes anerkannt hat: diese Thatsache wird bei der Beurtheilung des Vorfalls vielfach in den Vordergrund gedrängt. Es ist unter diesen Umständen der Eindruck natürlich, daß ein ungeschickter Beamter auf den Schutz seiner Bedürfniß weniger Anspruch haben müsse, und der Unmuth gegen die Ungeschicklichkeit übt einen Einfluß auch auf die Beurtheilung des Falles als solchen aus. Gerecht aber würde die Beurtheilung nicht sein, die sich von diesem Eindruck leiten läßt; im Gegentheil: aus der unseren Behörden lästigen, mit welcher Wohlgemuth sich in die Hände eines ihm unbekannten und unverbürgten politischen Schwindlers ins feindliche Lager begeben hat, hätten die Schweizer Behörden, namentlich die gebildeten Beamten der Centralstelle, sich von der Unschädlichkeit dieses Beamten der Elsaßer Regierung überzeugen und die Gewähr dafür finden müssen, daß dieser Beamte des deutschen Reichs kein für die Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährlicher Agent sei. Wenn sie demnach in einer allen nachbarlichen und freundschaftlichen Beziehungen Hohn sprechenden Form gegen ihn eingeschritten sind, so ist dafür kein anderes Motiv als das der Parteilichkeit für die Socialdemokratie im Kampfe derselben gegen das deutsche Reich anzunehmen. Ob diese Parteinahme ein Ergebniß des Uebelwollens gegen den deutschen Nachbarn oder eine Folge der Ueberlegenheit der deutschen demokratisirenden Centralorgane über die Centralregierung ist: dieses Motiv ist für uns schließlich ohne Erheblichkeit.

* Wie aus dem Ruhrkohlenbezirk geschrieben wird, befindet sich daselbst seit voriger Woche der Geheime Ober-Regierungsrath Gamp im unmittelbaren Auftrage des Fürsten Bismarck, um durch persönliche Unterredungen mit Bergwerksbesitzern, Bergarbeitern, Beamten und sonstigen sachkundigen Personen einen Einblick in die Lage zu gewinnen. Es haben bereits vielfache Besprechungen des genannten Herrn auch mit den Abgeordneten der Bergarbeiter stattgefunden. Zur Abkürzung des Aufenthalts der Bergarbeiter unter Tage werden in technischer Beziehung bei dem königlichen Oberbergamt Erleichterungen der Polizeivorschriften bei der An- und Ausfahrt von zahlreichen Bergwerken beantragt werden. Die Seilfahrt ist durch Polizeiverordnungen für jedes einzelne Bergwerk besonders geregelt, und diese Verordnungen enthalten manche die Dauer der Seilfahrt verlängernde, im Hinblick auf die Sicherheit von der Bergbehörde früher für nothwendig erachtete Bestimmungen. Nach Ansicht der Werksverwaltungen sind einzelne dieser polizeilichen Vorschriften, namentlich die über die Anzahl der mit je einem Zuge zu befördernden Personen (18—20), der Abänderung fähig und bedürftig. Auch bestreitet man die Nothwendigkeit der Vorschrift, daß bei Stockwerksförderung die Mannschaften während der Fahrt auf Bänken sitzen sollen. Das Auf- und Absteigen der Leute von den mit Bänken versehenen Körben ist zeitraubend und bei der großen Zahl der Seilfahrenden ist der Gewinn des Bruchtheils einer Minute für jede einzelne Seilfahrt von Bedeutung für die Gesammtdauer der Ein- und Ausfahrt einer Belegschaft. Auch die polizeilich zulässige Fördergeschwindigkeit bei der Seilfahrt kann unbedenklich noch erhöht werden; dieselbe beträgt zur Zeit drei und vier Meter für die Secunde, während die Geschwindigkeit bei der Kohlenförderung acht bis neun Meter beträgt. Die zur Zeit noch gültigen polizeilichen Vorschriften und Beschränkungen der Seilfahrt im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund gehen, namentlich im Vergleich zu denen im Auslande, sehr weit, und man wird hier, ohne die Sicherheit der Fahrenden zu beeinträchtigen, die verlangten Erleichterungen gewähren können.

* Nach amtlicher Feststellung wurde bei der am 18. d. M. im 11. Düsseldorfer Wahlkreis (Crefeld-Stadt und -Land) stattgehabten Reichstagsersatzwahl Rechtsanwalt Dr. Karl Bachem (Centrum) in Köln mit 5522 von 6987 Stimmen gewählt. Der Gegencandidat, Buchdruckereibesitzer Karl Grillenberger in Nürnberg (Sociald.), erhielt 1461 Stimmen.

* Wenn einige Zeitungen sich aus der Provinz Schleswig-Holstein telegraphiren lassen, daß die Anlage eines Seehafens bei Emmerlev an der Nordwestküste von Schleswig auf Staatskosten gesichert sei, so erscheint diese Meldung nach officiöser Andeutung wenigstens verfrüht. Die Herstellung eines Sicherheits- und Handelshafens in der Gegend des Lister Tiefs ist ein alter Wunsch der Bevölkerung; auch im Interesse der Förderung der Seefischerei wird eine solche Anlage von sachkundiger Seite gewünscht. Es mag sein, daß die erheblichen technischen Schwierigkeiten, welche die Herstellung einer weit in das Watt hinauszuschiebenden Hafenanlage bietet, jetzt überwunden, und somit nach dieser Seite hin die Voraussetzungen für die Durchführung des Planes gegeben sind. Davon aber, daß die Staatsregierung auch bereits sich für die Aufwendung der jedenfalls beträchtlichen Herstellungskosten entschieden hat, verlautet noch nichts. Es ist nach Lage der Dinge auch kaum wahrscheinlich, daß eine Beschlußfassung in der Sache vor dem Herbst erfolgen kann. Mit dem 1. Juli läuft bekanntlich erst der Termin für die Anmeldung der neuen Bedürfnisse für das Etatsjahr 1890/91 bei der Finanzverwaltung ab. Im September pflegen über dieselben commissarische Berathungen zwischen dieser und den Specialressorts stattzufinden und auf Grund dieser Verhandlungen erfolgt erst die endgültige Beschlußfassung.

* Die „Weimarische Zeitung" bestätigt die Meldung, daß gegen den Rechtsanwalt Dr. Harmening in Jena von dem Amtsgericht das Verfahren auf Grund des §. 99 des R.-Str.-G.-B. wegen Beleidigung des Herzogs Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha, begangen durch die Flugschrift: „Wer da?", eingeleitet worden ist, mit dem Hinzufügen, daß am Dienstag bereits die erste Vernehmung des Angeklagten stattgefunden hat. Es soll sich dabei zunächst nicht um die Frage handeln, ob der Herzog wirklich der Verfasser der Broschüre: „Auch ein Programm aus den 99 Tagen" ist, die übrigens Dr. Harmening bejahen zu können glaubt, sondern um parke directe Injurien gegen den Herzog; voraussichtlich wird aber die Frage jener Autorschaft von der Vertheidigung aufgeworfen werden, um zu Gunsten des Angeklagten Wahrnehmung berechtigter Interessen geltend zu machen.

* Der württembergische „Staatsanzeiger" veröffentlicht nachstehenden Erlaß des Königs:

„An Mein Volk! — Karl von Gottes Gnaden, König von Württemberg ꝛc. Beim Abschluß des fünfundzwanzigsten Jahres Meiner Regierung ist es Meinem Herzen Bedürfniß, an Mein geliebtes Volk Mich zu wenden. Mit der Königin, Meiner Gemahlin, darf Ich auf eine Reihe von Jahren zurückblicken, in denen es Mir vergönnt war, Meinen fürstlichen Beruf in bewegter, großer Zeit zu warten. Vor Allem drängt es Mich heute, Mein Volk aufzufordern, mit Mir sich zum Danke gegen den Allmächtigen zu vereinigen, der sichtbar über Mir und Meinem Lande mit treuer Hand gewaltet. Als Ich vor fünfundzwanzig Jahren durch Gottes Rathschluß zur Regierung berufen ward, habe Ich Mir gelobt, dieselbe zum Wohle und zum Besten des Landes zu führen. Die gnädigen Zeichen der Treue und Anhänglichkeit, die herzliche Theilnahme, welche Mir und Meinem Hause das württembergische Volk stets bei frohen und schmerzlichen Ereignissen kundgegeben hat, und welche es in diesen Tagen wieder in rührender Weise Mir entgegenbringt, werden Mir unvergeßlich bleiben, und sind Meinem Herzen wohlthuende Beweise davon, daß Mein Bemühen richtig erkannt worden und nicht erfolglos gewesen ist. Das Glück und die Wohlfahrt Württembergs wird auch fortan das Ziel Meiner landesväterlichen Bestrebungen sein. Für Alles, was Ich während Meiner Regierung zu wirken bemüht war, finde Ich den schönsten Lohn in den dankbaren und treuen Gesinnungen Meines Volkes. Möge der Segen Gottes auch ferner auf Mir und Meiner Gemahlin, welche seit mehr als 40 Jahren in treuer Liebe und Pflichttreue Mir verbunden ist, auf Meinem Hause und auf dem ganzen Württembergischen Lande und Volke ruhen. (gez.) Karl."

* * *

* Die oft von der rumänischen Regierung zu Auslassungen benutzte „Indépendance Roumaine" bringt einen Artikel, welcher die Haltung der serbischen Regenten gegenüber Oesterreich und den Bestrebungen zur Herstellung Groß-Serbiens entschieden mißbilligt.

* Der Belgrader Ministerrath beschloß, den Correspondenten des „Nowoje Wremja" in Belgrad, Schatzkow, auszuweisen, weil derselbe als Verfasser der jüngst confiscirten für Süd-Ungarn bestimmten, zum Aufstande reizenden Proclamation constatirt wurde.

* Gegen das Ministerium Sagasta bereiten die verschiedenen Oppositionsparteien einen combinirten Angriff vor, auf dessen Gelingen sie große Hoffnungen setzen. Als treibendes Element hierbei scheint die Gruppe Martos zu fungiren, deren Chef, seines Postens als Kammerpräsident beraubt, sich durch desto engeren Anschluß an die Conservativen unter Canovas' Führung schadlos zu halten trachtet. Als weitere Theilnehmer an der cabinetsfeindlichen Verbrüderung werden noch die Parteigänger Lopez Dominguez und Cassola sammt ihren Gefolgschaften genannt, und als Zweck dieser Veranstaltung die Restaurirung der conservativen Herrschaft gegen das Versprechen Canovas del Castillo's, den zu ihm haltenden liberalen Gruppen bei den nächsten allgemeinen Kammerwahlen eine größere Zahl von Mandaten einzuräumen als der Partei Sagasta's. Es muß dahin gestellt bleiben, ob diese von Madrid aus verbreitete Lesart in allen Punkten der Wahrheit entspricht; jedenfalls lassen es die Sagasta freundlich gesinnten Preßorgane nicht an den abfälligsten Commentaren des angeblichen oppositionellen Wahlschachers fehlen, trösten sich aber damit, daß der Ministerpräsident ganz der Mann sein werde, die Zirkel seiner Widersacher gründlich zu zerstören. Unmittelbare Gefahr birgt die Conspiration der genannten Gruppenchefs wohl kaum in ihrem Schooße; Herr Sagasta hat es in seiner Hand, die Reihenfolge der Vorlagen so einzurichten, daß kritische Materien, wenn überhaupt, so doch ganz zuletzt zur parlamentarischen Discussion gelangen. Zu einer Lebensfrage für das Ministerium aber spitzt sich die Votirung des Gesetzentwurfs, betreffend das allgemeine Stimmrecht, zu. Gelingt es Herrn Sagasta, für diesen Entwurf die Mehrheit zu gewinnen und die kommenden Wahlen selbst zu machen, so ist es nach den in Spanien eingebürgerten politischen Gepflogenheiten fast zweifellos, daß eine starke liberale Kammermehrheit aus der Wahlurne hervorgehen und den jetzigen leitenden Staatsmann nachhaltig in seinem Bestreben, die öffentlichen Institutionen des Landes zu demokratisiren, unterstützen dürfte. Diese Gefahr wird von den maßvolleren Elementen innerhalb wie außerhalb der Kammer denn auch nach Gebühr gewürdigt und wohl mehr aus Erwägungen gemeinnütziger als solchen parteitaktischer Natur mag das Gelegenheitsbündniß, das in so hohem Maße die Galle der linksliberalen Politiker rege macht, entsprossen sein. Jene sind gewillt, alles aufzubieten, damit die Einbringung des ominösen Gesetzentwurfs, betreffend das allgemeine Stimmrecht, hintangehalten werde, sollte auch die gesetzgeberische Thätigkeit der Kammer momentan zum Stillstand gebracht werden. Angesichts dieser auf beiden Seiten herrschenden Entschlossenheit, die selbst vor Anwendung der schärfsten, parlamentarisch zulässigen Waffe nicht zurückschreckt, hat man im weiteren Verlaufe der Cortestagung vielleicht mancherlei Ueberraschungen und sensationelle Zwischenfälle zu gewärtigen.

Militairisches.

* Die Arbeiten der belgischen Gewehrprüfungscommission, welche in den letzten Wochen unter der Leitung des Generallieutenants Baron Vandersmissen im Lager von Beverloo stattfanden, um das für die belgische Infanterie endgiltig anzunehmende Gewehrmodell festzustellen, sind nunmehr abgeschlossen. Zur engeren Wahl standen das österreichische Mannlicher-Gewehr, das belgische Nagant- und das deutsche Mauser-Gewehr. Von diesen wurde gleich anfangs das Mannlicher-Gewehr, als den beiden anderen Typen unterlegen, ausgeschieden, und endlich, nach langwierigen und minutiösen Versuchen dem Mauser-Gewehr der Vorzug gegeben. Indessen sollen noch ergänzende Versuche angestellt werden. Hinzugefügt wird von den belgischen Fachmännern, keinenfalls werde die Regierung das Mauser-Gewehr endgiltig adoptiren, wenn nicht der deutsche Erfinder einwillige, daß die Anfertigung der Gewehre seines Systems in belgischen Waffenfabriken geschieht. Binnen Kurzem sollen die weiteren Versuche im Lager zu Beverloo anfangen, bei denen es sich aber weniger um Ueberprüfung der concurrirenden Gewehrmodelle, als um Erprobung des ebenfalls neu einzuführenden Schießpulvers handeln dürfte.

* Lord Wolseley, der, wenn auch nicht dem Namen nach, so doch in der That an der Spitze der englischen Truppenmacht steht, hat eine große Neigung, sich mit politischen Dingen zu befassen, obwohl ihm das durch seine Stellung verwehrt ist, und namentlich liebt er es, sich über militairische Fragen mit einer Offenheit zu äußern, welche der Regierung um so unbequemer ist, als der General in seinen Forderungen sich gewöhnlich in Widerspruch mit den Anschauungen der Regierung und der großen Mehrheit des englischen Volkes setzt. So hat er neuerdings sich zu Gunsten der allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen, von der man in England durchaus nichts wissen will. Bei seiner hohen militairischen Stellung haben seine Worte erklärlicher Weise Aufsehen erregt, so daß das Parlament, welches jetzt eben das Kriegsbudget berieth, Veranlassung nahm, sich mit der Sache zu beschäftigen. Der Kriegsminister Stanhope gab dabei Erklärungen ab, welche eine sehr scharfe Mißbilligung der ganzen politischen Thätigkeit des Generals enthält, insbesondere in dem vorliegenden Falle, wo er für eine Einrichtung eingetreten ist, welche das conservative englische Ministerium ebenso wie jedes liberale mit aller Entschiedenheit verwirft.

* Edinburg, 18. Juni. Heute, am Jahrestage der Schlacht von Waterloo, wurde eine Militair- und Marine-Ausstellung in den Räumen der Gemälde-Galerie eröffnet. Alle Gegenstände sind chronologisch aufgestellt, so daß der Besucher ein interessantes Bild der allmäligen militairischen Entwickelung, besonders derjenigen des britischen Reiches empfängt. Das Ganze stellt sich dar als ein historisches Panorama, in welchem man von Jahrhundert zu Jahrhundert die Helden der Hauptkämpfe sieht, die Waffen, deren sie sich bedienten, die Uniformen, die sie trugen, die Art und Weise ihrer Kriegführung, ihre Handschriften vom Kampfschauplatz ꝛc. Die Gemäldesammlung enthält Darstellungen von Marlborough, Feldmarschall Keith, Herzog von York, Wellington und Helden der amerikanischen Freiheitskriege, der indischen Kriege und Schlachtenbilder zu Wasser und zu Lande. Höchst interessant und reichhaltig ist die Waffensammlung, und sehen wir da eine wunderbare Scala vor uns, von den Steinwaffen an bis zum neuzeitlichen Repetir-Gewehr. Besonders neuzeitlich ist die Medaillensammlung, welche die meisten Schlachten der letzten Jahrhunderte vorstellt.

Amsterdam, 20. Juni. Die holländische Armee ist jetzt um eine neue Abtheilung vermehrt worden, nämlich um eine Radfahrer-Abtheilung. Durch Decret des Kriegsministers wird bestimmt, daß mit dem 1. Juli d. J. eine provisorische Radfahrer-Compagnie gebildet wird. Alle Holländer, welch: Mitglieder des Radfahrer-Bundes und neunzehn Jahre alt sind, können sich dabei betheiligen; sie müssen sich in den verschiedenen Garnisonsplätzen während der Monate Juli und August von den betreffenden militairischen Vorgesetzten unterrichten lassen. Nach Beendigung dieser Lehrzeit wird aus den fähigsten Theilnehmern eine Radfahrer-Compagnie zusammengesetzt. Alle Militair-Radfahrer verpflichten sich, bei einer eventuellen Mobilisation der Armee sich zur Verfügung des Obercommandos zu halten. Außer der Zurückerstattung einer Reisekosten wird der Militair-Radfahrer in Kriegszeiten, sowie bei den Manövern vier Gulden täglich erhalten, während er im Uebrigen, was die Einquartierung und Verpflegung anlangt, als Officier behandelt werden soll. Die Militair-Radfahrer werden ein vom Kriegsminister bestimmtes Kennzeichen tragen, doch werden sie in keiner Weise durch diesen Dienst von ihrer gewöhnlichen Kriegsdienst-Verpflichtung enthoben.

Colonialpolitisches.

* In der letzten Kammersitzung der Cortes interpellirte General Pando die Regierung, betreffend den angeblich von den Vereinigten Staaten von Amerika gemachten Vorschlag, Cuba anzukaufen. Der Colonialminister Riveros erwiderte, es sei in der ganzen Welt nicht Geld genug vorhanden, um die Ehre Spaniens zu kaufen. (Lebhafte Zustimmung.)

* London, 22. Juni. Nach einem Telegramm aus Auckland von heute sind die amerikanischen Kriegsschiffe „Kearsage" und „Kiersarge" von Apia nach Honolulu abgesegelt.

Nationalliberaler Verein für das Königreich Sachsen.

* Der soeben zur Ausgabe gelangte Bericht über die in Dresden am 19. Mai stattgehabte General-Versammlung liegt in eleganter Ausstattung vor uns. Er umfaßt 2 Druckbogen und enthält als Anhang eine Tafel, welche in graphischer Darstellung den Durchschnitt der Betheiligung an den Reichstagswahlen 1871—1887 im Königreich Sachsen nach Wahlkreisen in außerordentlich übersichtlicher Weise vor Augen bringt.

Der Inhalt legt einen erfreulichen Beweis ab von der Rührigkeit und dem zielbewußten Streben dieser großen politischen Körperschaft unseres engeren Vaterlandes, und glauben wir, bei dem sich immer mehr und mehr entwickelnden Sinne unserer Bevölkerung für das politische Leben, durch ein kurzes Eingehen auf diesen Bericht vielen unserer geschätzten Leser entgegenzukommen.

Der eigentlichen General-Versammlung ging eine öffentliche Parteiversammlung voraus, in welcher nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden Herrn Dr. Genfel zuerst Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Boettcher (Freiberg) eine Rede über die allgemeine Lage im deutschen Reiche hielt. Diese mit außerordentlicher Wärme und zündender Beredtsamkeit vorgetragene Rede erntete verdienter Weise rauschenden Beifall und hat auch in der Presse ungetheilte Anerkennung gefunden, so äußerte sich beispielsweise das Organ der Conservativen in Sachsen „Das Vaterland" in einem längeren Artikel dahingehend, daß die Rede entschieden geeignet sei, zur Kräftigung des Cartells in Sachsen beizutragen. Der darauf folgende Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten Dudgeneau (Magdeburg) behandelte das Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Gesetz und gab in gedrängter Kürze ein klares Bild dieses so überaus wichtigen Gesetzes. Trotz seiner Kürze müssen wir den Vortrag als zu den besten gehörig bezeichnen, was wir bisher noch über das bedeutsame Gesetz gelesen haben. Unseren Lesern sind diese beiden Reden bereits bekannt, da wir sie seiner Zeit in ihrem vollen Wortlaute veröffentlicht haben.

An die öffentliche Parteiversammlung schloß sich nach kurzer Pause die eigentliche Generalversammlung an, zu der nur die Mitglieder des Vereins und besonders geladene Gäste Zutritt hatten. Was diese anlangt, so geht aus dem Berichte hervor, daß sich die rührige Thätigkeit des Vorstandes, die auch in erfreulicher Weise die Unterstützung der Parteigenossen im Lande findet, vor Allem auf die Vorbereitungen zur nächsten Reichstagswahl richtet. Der Vorsitzende Herr Dr. Genfel konnte seine Befriedigung darüber aussprechen, daß der Gesammteindruck der aus fast allen Wahlkreisen eingegangenen Berichte der Vertrauensmänner ein günstiger sei. Man sei durchgängig mit den Männern der vorigen Wahl zufrieden und beabsichtige fast überall die bisherigen Vertreter wieder als Candidaten aufzustellen, deren Wiederwahl bei energischem Zusammengehen der Ordnungsparteien auch erwartet werden könne. Im Interesse der Sache stehe zu hoffen, daß die bisherigen Reichstagsabgeordneten nun auch eine Candidatur aufs Neue annehmen, da sich dadurch die ganze Wahlagitation wesentlich vereinfachen würde. Werde auch der nächste Wahlkampf voraussichtlich ein sehr heißer werden, so dürfen die Ordnungsparteien doch mit guter Zuversicht in denselben eintreten; allerdings müsse an alle reichstreuen Männer der dringende Mahnruf gerichtet werden, nicht dem leidigen Sichgehenlassen zu huldigen, sondern auf dem Platze zu sein und Mann für Mann einzutreten für die gute Sache. Selbstverständlich sei das Cartel, dessen gewissenhafter Durchführung der letzte große Sieg zu danken sei, auch bei der nächsten Wahl in vollem Umfange aufrecht zu erhalten.

Dieses unverbrüchliche Festhalten an dem Cartel findet in dem Bericht überhaupt kräftige Betonung und wir können uns nicht versagen, die packenden Worte wiederzugeben, die der Vorsitzende beim Beginn der Parteiversammlung aussprach, da sie vor Allem geeignet sind, manche Zweifel zerstreuend und aufklärend zu wirken, und es verdienen, überall im Lande die vollste Beachtung zu finden. Herr Dr. Genfel äußerte sich diesbezüglich: „Wenn wir von unseren Angelegenheiten reden, namentlich von den Wahlen, dann ist immer das Wort eines der ersten: Festhalten an dem Cartel. Das gilt durchaus als etwas Selbstverständliches, Nothwendiges. Denn ihm verdanken wir die großen Erfolge bei den letzten Wahlen. Es ist aber mit dieser treuen Verbeißerung und Verbündung der staatserhaltenden Parteien nicht gesagt, daß die eine oder andere Partei ihre Selbstständigkeit aufgeben solle; es ist damit auch nicht gesagt, daß, wo die eine Partei in einem Wahlkreise vorherrscht, die andere nun verpflichtet sei, sich in den Hintergrund zu stellen und auf ihre Wirksamkeit zu verzichten. Das wollte ich einmal öffentlich betonen, weil ich aus verschiedenen Wahlkreisen die gegentheilige Ansicht vernommen habe. Man meint, die Conservativen würden es übel nehmen, wenn wir uns aufzubreiten suchen. Meine Herren, ich habe zu den Conservativen ebenso wie zu unserer Partei ein besseres Vertrauen! Jene werden sich freuen, wenn wir uns auch in den Wahlkreisen, in denen ein conservativer Cartelcandidat gewählt wurde, kräftig regen, und ebenso werden wir uns freuen, wenn die Conservativen gegenüber den reichsfeindlichen Gegnern Beweise von ihrer Lebenskraft geben. Nur durch solche Thätigkeit können wir hoffen, daß wir auch in Zukunft solche Siege erfechten, wie bei den letzten Wahlen.

Ich glaube damit in einem Sinne mich ausgesprochen zu haben, welcher auch von der Leitung der conservativen Partei getheilt wird. Denn, meine Herren, wir haben außer dem bekannten gemeinsamen Gegnern leider auch einen sehr großen und starken Feind, dem es vor Allem zu bekämpfen gilt: die Trägheit derjenigen, die noch nicht wissen, wohin sie gehören. Hier liegt ein weites Feld vor uns, auf dem wir uns gegenseitig nicht ins Gehege kommen, und diesem Kampfe soll auch die heutige Versammlung dienen!"

Nun, wir schließen uns in jeder Beziehung voll und ganz den Worten des geehrten Redners an und wollen nur wünschen, daß der Kampf gegen den großen Feind, die Trägheit, ein recht erfolgreicher sein möge, daß das Sichgehenlassen immer mehr und mehr schwinde und daß alle reichstreuen Gesinnten einmüthig zusammenstehen, damit das Ergebniß der nächsten, so bedeutungsvollen Wahlen ein für unser engeres Vaterland Sachsen gleich ehrenvolles Werk, wie es das vom 21. Februar 1887 gewesen ist.